

# Grüne Zeitung für Hagenberg

Informationen der Grünen Hagenberg – Nr. 1/2006



## Grün wirkt!

Wie wichtig es ist, dass die Grünen im Gemeinderat sind, zeigte sich in den letzten Wochen



FOTO: PRIVAT

Von Christiane Jogna

**O**bwohl seitens der Raika (für die Neue Mitte und für die bestehende Raika) von Anfang an **Interesse an Abnahme von Energie** bekundet wurde und die Gemeinde **als Klimabündnisgemeinde sogar verpflichtet** ist im Zuge der Sanierung der Volksschule **auf Alternativenergie umzustellen**, wäre die Chance auf das erste Biomasseheizwerk in Hagenberg fast vertan worden.

Auf meine Anfragen im September wurde mir erklärt, dass **ein gemeinsames Heiz-**

**werk aus technischen Gründen angeblich nicht möglich** wäre.

**Es galt also rasch zu handeln und Taten zu setzen.**

Dank der hervorragenden Beratung und Betreuung durch **Norbert Miesenberger vom Verein Energie Bezirk Freistadt** konnte das Projekt mit Projektbetreuer Stefan Weißenböck vom Biomasseverband auf Schiene gebracht werden.

**Wertschöpfung in der Region**

Besonders positiv ist die Tatsache, dass auf Initiative von Peter Jogna einige innovative Hagenberger Bauern die Chance ergriffen und einen Betreiberverein gegründet haben, womit nun auch ein Großteil der Wertschöpfung in der Region bleibt.

**Endlich ein erster Schritt in die richtige Richtung – hoffentlich folgen noch weitere, größere!**

## Zusammenlegung von Gemeindeeinrichtungen

Ausweg aus der Finanzmisere oder sinnlose Verkehrserreger?



FOTO: PRIVAT

Von Ludwig Reiter

**D**ie stark **steigenden Ausgaben** für Spitäler, Alten- und Pflegeheime schränken den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinden zunehmend ein. **Gleichzeitig sollen die Gemeinden das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen verbessern**, damit Kinder und Beruf besser unter einen Hut gebracht werden können und Eltern ermutigt werden, wieder mehr Kinder zu bekommen und aufzuziehen.

>> **Lesen Sie weiter auf Seite 3!**

## Hinweis

### Einladung

**an alle Grün-Interessierten zum Grünen Stammtisch Hagenberg**  
**Jeden letzten Donnerstag im Monat im GH Lamplmair, 20:00 Uhr**  
**Nächster Termin: 25. Mai 2006**

**Nächstes Frauenfrühstück**  
**Samstag, 20. Mai 8.30**  
**GH Dannerwirt**

**Nächste öffentliche Gemeinderats-sitzung: 3. Juli 2006,**  
**19:30 Uhr, Gemeindesaal**

## Praktisch

### Neue praktische Ärztin

Ab Mai 2006 ordiniert  
**Frau Dr<sup>in</sup> Rosemarie Weißgerber**  
jeweils Freitags  
nach telefonischer Vereinbarung  
(0664 / 2811882)  
in der Gemeinschaftspraxis Hagenberg  
als Wahlärztin.

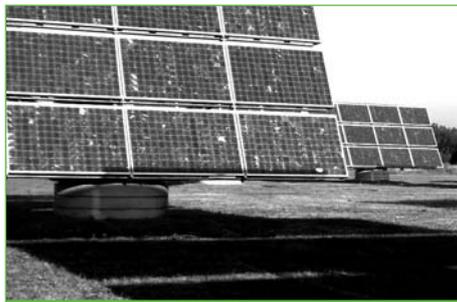
## Inhalt

<b>Anti-Atom</b>	<b>auf Seite 2 !</b>
<b>Förderbericht online</b>	<b>auf Seite 2 !</b>
<b>Gemeindeeinrichtungen</b>	<b>auf Seite 3 !</b>
<b>Regionalentwicklung</b>	<b>auf Seite 3 !</b>
<b>Frauenfrühstück</b>	<b>auf Seite 4 !</b>
<b>20 Jahre RISC</b>	<b>auf Seite 4 !</b>

# ANTI-ATOM: Die Zeit der Ausreden bei Temelín muss endlich vorbei sein

Umweltlandesrat Rudi Anschober fordert von der EU und der Bundesregierung, endlich die Verantwortung für die Umsetzung der Sicherheitsnachrüstungen in Temelín wahr zu nehmen.

**E**mpört sind die Grünen, dass nun offensichtlich Wien und Brüssel die Verantwortung für die Umsetzung des Melker Übereinkommen abschieben wollen und sich in Ausreden flüchten. In Melk wurden Sicherheitsnachrüstungen in Temelín völkerrechtsverbindlich zugesichert. Landesrat Rudi Anschober zeigt sich kämpferisch: „Es muss der EU-Kommission klar sein, dass sie mit der Unterzeichnung des Melker Übereinkommens durch den damaligen Erweiterungskommissar Verheugen eine Verantwortung für die Umsetzung übernommen hat. Die Unterschrift eines Kommissars muss etwas gelten, Oberösterreich wird sich nicht mit ausweichenden Antworten abspesen lassen, sondern den direkten Dialog mit der Kommission suchen und alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausnutzen.“



## Energiewende ist ein Muss

Die notwendige Energiewende ist zentrales Thema in Oberösterreich und in Europa – alles dreht sich ums Energiesparen und um eine saubere, sichere und leistbare Energieversorgung. Oberösterreich ist nicht nur neben Schweden Europas Modellregion bei der Energiewende, sondern war in den vergangenen Wochen rund um die Energiesparmesse in Wels auch Europas Energie-Wende-Zentrale. Oberösterreich will seinen Kurs in Richtung Ausstieg aus Öl und Atom und Umstieg auf Energieeffizienz und Ökoenergie weiter massiv verstärken. Eine weitere Maßnahme ist die verstärkte Regionalisierung dieses Schwerpunktes.

Anschober: „Die Energiewende ist wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch und umweltpolitisch ein Muss!“

Daher müsse die Bundesregierung nach dem für die nächsten Wochen zu erwartenden rechtskräftigen Kollaudierungsbescheid des AKW Temelín, mit dem das Melker Übereinkommen gebrochen sein würde, alle rechtlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten umsetzen und auch innerhalb der EU aktiv werden.

## Weichenstellungen in der EU-Energiepolitik

Die Grünen fordern aber von der Bundesregierung über Temelín hinausgehend, dass die österreichische EU-Ratspräsidentschaft konsequent für bevorstehende Weichenstellungen in der Energie- und Nuklearpolitik genutzt werden muss:

1. keine neuen Euratom-Kredite
2. klares Veto gegen die windelweichen geplanten neuen **Atomrichtlinien** (Abfall, Sicherheit und Kontrolle)
3. Neue Prioritäten beim zukünftigen **Energieforschungsprogramm** (2007 bis 2013): Weg vom Vorrang für die Nuklearforschung und hin zu einem europäischen Forschungsschwerpunkt Energieeffizienz und Erneuerbare Energie

Dietmar Spöcker



FOTO: GRÜNES ARCHIV

# Großer grüner Erfolg: Förderbericht online

## Oberösterreich stellt als erstes Bundesland umfassenden Förderbericht ins Internet

Bisher gab es in Oberösterreich einen Geheimbericht über die Landesförderungen, der nur den Klubobleuten zur Verfügung stand, die sich zur Geheimhaltung verpflichtet hatten. In Zukunft wird nach zehnjährigem Druck der Grünen ein umfassender Förderbericht veröffentlicht.

Dieser neue Förderbericht wird rund 92% der Fördersummen auflisten; dabei handelt es sich um insgesamt mehr als 1,5 Milliarden Euro an Förderungen, von denen nun rund 1,4 Milliarden im Förderbericht mit allen Detailangaben enthalten sein werden.

Erstmals wird damit in einem Bundesland der gesamte Förderbericht offen gelegt. Erstmals kann jede/r kontrollieren, wohin die Steuergelder fließen. Erstmals wird damit auch eine öffentliche Diskussion über die Effizienz von Förderungen möglich werden. Der erste Förderbericht wird im zweiten Halbjahr 2006 ins Internet gestellt.

Dietmar Spöcker

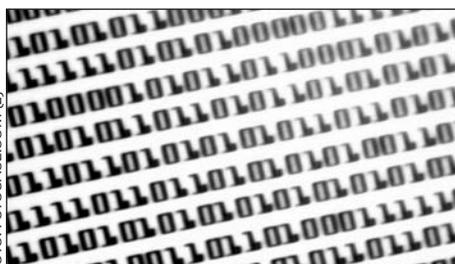


FOTO: FOTOCASE.COM (2)

>> Fortsetzung von Seite 1!

# Zusammenlegung von Gemeindeeinrichtungen

## Ausweg aus der Finanzmisere oder sinnlose Verkehrserreger?

Die Gemeinden bekommen daher von vielen Institutionen (Rechnungshof, Landesregierung, etc.) **gute Ratschläge, wie sie Geld sparen können.**

**Ein solcher Ratschlag hat im vergangenen Herbst die Gemeinden Hagenberg, Pregarten, Wartberg und Unterweikersdorf erreicht:**

die Landesregierung bietet an, durch einen Berater untersuchen zu lassen, ob die Zusammenlegung der Bauhöfe für die Gemeinden vorteilhaft ist.

**Auf den ersten Blick ein grundvernünftiges Angebot:**

wir sparen bei Maschinen, Anlagen und Betriebskosten der Bauhöfe Geld ein und gewinnen finanziellen Spielraum.

**Auf den zweiten Blick** zeigt sich, dass das nicht ganz so einfach ist.

**Auf die Frage**, wie denn die BauhofmitarbeiterInnen, die bisher zu Fuß zur Arbeit gegangen sind, zum neuen, zentral gelegenen Bauhof kommen sollen, antwortet der Berater lakonisch „man kann nicht alles haben“.

Rechnet man das durch, so erkennt man sehr schnell, dass durch eine **Zusammenlegung von Bauhöfen in Summe kaum Einsparungen** erzielt werden.

Bei einem Musterprojekt wurde durch die Zusammenlegung der Bauhöfe von 4 Gemeinden laut Berater eine **jährliche Einsparung von ca. 120.000.- Euro** erreicht. Rechnet man dagegen, dass sich die insgesamt ca. **30 BauhofmitarbeiterInnen je ein zusätzliches Auto anschaffen müssen**, um zur Arbeit zu kommen, so kommt bei jährlichen Kosten von mindestens 4000.- Euro pro Auto **exakt der gleiche Betrag als Zusatzkosten durch die Zentralisierung** heraus – nur – die zahlen die BauhofmitarbeiterInnen.

**Das deutet sehr darauf hin, dass bei diesen Einsparungen das Prinzip „den letzten beißen die Hunde“ verfolgt wird:**

- Der Bund hat den Finanzausgleich zu seinen Gunsten verändert, obwohl gerade bei den Gemeindeaufgaben die größten Kostensteigerungen eingetreten sind
- Das Land macht Druck auf die Gemeinden, Kosten zu senken
- Die Gemeinden senken ihre Kosten zu Lasten der BauhofmitarbeiterInnen und BürgerInnen.

Noch viel schlimmere Folgen hätte eine Zusammenlegung von Einrichtungen, die sehr häufig von den BürgerInnen besucht werden, wie zum Beispiel Altstoffsammelzentren.

**Wir fordern daher als Vorbedingung für Überlegungen zur Zusammenlegung von Gemeindeeinrichtungen:**

- Nachweis sicherer und wintertauglicher Geh- und Radfahrverbindungen von den Gemeindehauptorten zu den zentralen Gemeindeeinrichtungen (z.B. gibt es von Pregarten nach Unterweikersdorf nicht einmal im Sommer eine brauchbare Radfahrverbindung)
- Nachweis einer bedeutenden Einsparung für das Gemeindebudget (mindestens 1% des jährlichen Budgets) unter Einrechnung wirtschaftlicher Risiken (die 4 bestehenden Bauhöfe müssten ja gewinnbringend vermietet oder verkauft werden, sonst rechnet sich eine Zusammenlegung sowieso nicht)
- Nachweis, dass auch die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten deutlich sinken (siehe oben)
- Nachweis einer positiven Ökobilanz: Durch die Zusammenlegung muss in Summe der Verbrauch vor allem an fossiler Energie (Benzin, Diesel, Heizöl, Erdgas) sinken.

Es wäre unsinnig, Gemeindeeinrichtungen zu zentralisieren, nur um gegenüber der Landesregierung den Musterschüler zu spielen und für kaum nachweisbare Einsparungen die Lebensqualität in der Gemeinde, die Qualität der Gemeindedienstleistungen und die Arbeitsbedingungen der Gemeindebediensteten zu verschlechtern.

## Frau Vizebürgermeisterin hat den Punkt noch nicht gefunden!

**Partnerschaftliche Regionalentwicklung braucht mehr als oberflächliche Polemik.**

In der Parteizeitung der SPÖ Pregarten polemisiert Frau Vizebürgermeisterin Helga Hofstadler in ihrer Kolumne „Der springende Punkt“ gegen die Gemeinde Hagenberg wegen **angeblich fehlender Bereitschaft zur Zusammenarbeit** – und entblößt dabei ein bedenkliches Ausmaß an Unwissenheit, Desinteresse an Regionalentwicklung und eine seltsame Auffassung von Partnerschaft.

**Nach langjähriger Tätigkeit in der lokalen Politik kann sie immer noch nicht das Mühlviertler Kernland von der Mühlviertler Alm unterscheiden!**

**Wie soll Hagenberg Vertrauen in die Sinnhaftigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit Pregarten gewinnen,**

- wenn sich die Anführerin der Gemeinderatsmehrheit auf der Ebene oberflächlicher Polemik mit Regionalentwicklung beschäftigt und an Sachfragen kaum Interesse zeigt?
- wenn z.B. die VertreterInnen der Gemeinde Pregarten im Reinhaltungsverband keine Handschlagqualität zeigen, mühsam ausgehandelte Kompromisse nachträglich wieder in Frage stellen und offensichtlich den Hauptzweck der Zusammenarbeit darin sehen, Geld aus der Gemeindekasse von Hagenberg nach Pregarten umzuleiten.

**Pregarten ist wesentlich größer als Hagenberg.**

Solange Pregartner PolitikerInnen der Versuchung nicht widerstehen können, ihre zahlenmäßige Überlegenheit – frei nach einem alten Bauernspruch, der etwa so endet: „... , de Mehrern san ma do!“ – dazu zu missbrauchen, die **„Hagenberger Minderheit“ zu unterdrücken und deren Gemeindekasse anzuzapfen**, wird Hagenberg gut beraten sein, sich einer Zusammenlegung von öffentlichen Einrichtungen mit der Gemeinde Pregarten nur mit äußerster Vorsicht zu nähern.

Von Ludwig Reiter

# Frauenfrühstück – mehr als nur Kaffee

Von Christiane Jogna und Gabriela Küng

## 8. März ist internationaler Frauentag

Aus diesem Anlass luden wir zu einem Frauenfrühstück im Gasthaus Dannerwirt. Die Wirtin Elisabeth Schoissengeier empfing uns mit einem Glas Sekt (Danke!) und hatte ein tolles Frühstücksbuffet vorbereitet.

**Diese Idee** entstand in einem Austausch von Überlegungen, welche Art von Veranstaltung den Bedürfnissen, aber vor allem den Möglichkeiten von Frauen entgegen kommen könnte.

**Und der Erfolg** dieses ersten Treffens gab uns Recht:

- Mehr als 52% der Bevölkerung sind Frauen – unser Lebensalltag ist aber größtenteils nach wie vor so gestaltet, dass wir dabei viele Aufgaben und Arbeiten (vielfach

unentgeltlich) übernehmen; in Positionen, in denen die Entscheidungen getroffen werden, sind wir Frauen aber kaum vertreten.

- der Alltag der meisten Frauen, die Kinder versorgen, ist derart voll gespickt mit Verpflichtungen, dass ein zusätzlicher Abend-Termin eine weitere Belastung darstellte. Aber die Möglichkeit, im Rahmen eines Frühstücks zusammen zu kommen, wird gerne angenommen. Dabei kann jede selbst bestimmen, wie viel Zeit sie dafür aufbringen kann/will.

Angeregte Diskussionen über verschiedenste Frauenthemen ließen die Zeit sehr schnell vergehen und spontan wurde beschlossen, dass ein derartiges Frauenfrühstück in Zukunft alle zwei Monate stattfinden soll.

## Ein kleiner Auszug der besprochenen Themen:

- Frauen verdienen im Durchschnitt noch immer um 31% weniger als Männer
- Frauen arbeiten in jeder Woche vielmehr unbezahlt im Haushalt und für die Familie als Männer
- Frauen sind in Führungspositionen noch immer die Ausnahme (nur 13%)
- Gewalt gegen Frauen ist die häufigste Menschenrechtsverletzung unserer Zeit
- Grundsicherung für Mütter
- Unbezahlte Arbeit ist kein Schicksal – man könnte (sollte) sie bezahlen
- Steuerliche Absetzbarkeit von HaushaltsassistentInnen – nur so ist Berufstätigkeit von Müttern möglich
- Das Thema Kinder und Versorgung muss vom alleinigen Verantwortungsbereich der persönlich Betroffenen weggenommen werden – die Gesellschaft hat als Ziel sich zu reproduzieren, daraus folgt, dass sie Maßnahmen treffen muss, um dies Frauen und Männern möglich zu machen
- 20 – 25% der Arbeitsleistung im Wirtschaftsbereich wird unentgeltlich geleistet (im Handel, einem typischen Frauenerwerbsbereich, ist diese Zahl wahrscheinlich noch höher)



FOTO: PRIVAT

**Nächster Termin für ein Frauenfrühstück:**  
Samstag, 20. Mai 8.30 GH Dannerwirt

## 20 Jahre RISC Von Christiane Jogna

**D**ie Elite Uni kommt bekanntlich nicht nach Hagenberg, sondern nach Gugging. Dennoch, oder vielleicht auch deswegen ist es Univ Prof. Bruno Buchberger gelungen die notwendigen Mittel (1,8 Mio Euro) für einen weiteren Ausbau des RISC in Richtung Weltzentrum für eine neue Generation von Mathematik an Land zu ziehen!

**Geplant ist ein Ausbau des Schlosses in bestehender Kubatur** – untergebracht werden sollen zusätzliche Büroräume (400m<sup>2</sup>) und Seminarräume (400m<sup>2</sup>).

Als positiven, nicht unerheblichen Nebeneffekt dieser Ausbaumaßnahmen möchte ich erwähnen, dass hier der **Einbau zweier Liftanlagen mitgeplant** wird.

Wir Grüne sehen dies als **große Chance für die weitere Entwicklung von Hagenberg**, aber auch als **große Herausforderung an die Gemeindepolitik**, die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine Umsetzung dieser Vorhaben zu schaffen.

So brachten wir in der letzten Gemeinderatsitzung Anträge zur **Erstellung eines Nutzungskonzeptes, eines Verkehrskonzeptes für den ruhenden und fließenden Verkehr und eines Gestaltungskonzeptes für den Ortskern von Hagenberg** ein.

In Zusammenarbeit mit dem Schlossverein, der Ortsentwicklung, AnrainerInnen und entsprechenden Fachleuten sollen diese Konzepte in den nächsten Monaten erarbeitet werden.

## Kontakt

**Die Grünen Hagenberg**

c/o Christiane Jogna  
Anitzberg 24, 4232 Hagenberg i. Mkr.  
Tel. 07236 / 3972  
Mail: hagenberg@gruene.at

## Impressum

An einen Haushalt; Postentgelt bar bezahlt

Grundlegende Richtung: Information der Grünen über das Gemeindegeschehen in Hagenberg/Mkr.

M.H.V. Die Grünen Hagenberg, c/o Ludwig Reiter, Anitzberg 81, 4232 Hagenberg i.Mkr.

Redaktion:  
Ludwig Reiter, Christiane Jogna, Fred Svitil, Gabriela Küng, Peter Jogna

Auflage: 1000 Stück  
Gedruckt auf 100% chlorfrei gebleichtem Papier  
Aufgabepostamt: 4232 Hagenberg i.M.